

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/245

Bonn, den 22. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Angemessene Rolle"</u> Bilanz der Erhard-Reise nach den USA	52
1a	<u>VEBA-Aktien - Zum Schaden noch der Spott</u> KÖLNISCHE RUMDSCHAU: "Noch ein Wahlschlager ist jetzt geplatzt"	21
1a	<u>Vernichtendes Urteil</u> Adenauer über Erhard	25
2	<u>Essen: Ingenieure für die Landwirtschaft</u> Es gibt jetzt eine hessische Ingenieurschule für Landwirtschaft	54
3	<u>Fingerhakeln um Spaniens Königsthron</u> Zwist im monarchistischen Lager	51
4	<u>Die Bundesrepublik Deutschland im Urteil Schwedens</u> Von Rudolf Hübner, Stockholm	53

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Ehrliche Verständigungspolitik gefordert  
Deutsch-polnischer Dialog ist notwendig  
Der schlesische Wahlberliner  
Versäumnis der Bundesregierung  
Kritik an Ministerpräsident GÖPPEL  
Objektivität im Fernsehen vermisst  
Sowjetunion verurteilt Annexion  
In Israel gestorben

+ + +

"Angemessene Rolle"

Bilanz der Erhard-Reise nach den USA

sp - Schon nach Abschluß der Pariser Dezember-Tagung der NATO war es klar, daß US-Präsident Johnson jedem deutschen Verlangen nach tatsächlicher Mitwirkung an einer atomaren Verteidigungsmacht ausweichen würde. Bundeskanzler Erhard und seine Begleitung erhielten hierfür in Washington nur noch die Bestätigung. Wenn in den Abschlußkommunique der Beratungen in Washington von einer "angemessenen Rolle" die Rede ist, die man der Bundesrepublik bei der Atomverteidigung zubilligen wolle, dann ist dies die unverbindlichste Erklärung, die jemals zur Fixierung eines Standpunktes abgegeben wurde. Sicher dürfte nur sein, daß die im vergangenen Jahr auch in der Bundesrepublik sehr umstrittenen Einzelprojekte einer multilateralen Atomstreitmacht, wie etwa die MLF oder die von den Briten zur Diskussion gestellte AFM, jetzt abgeschrieen worden sind.

Noch vor weniger Tagen - es war während der NATO-Konferenz in Paris - hatten Begleiter des Bundesaußenministers und des Verteidigungsministers einige Journalisten wissen lassen, es stünde um die "physische Beteiligung" der Bundesrepublik gar nicht so schlecht...

Die amerikanischen Gesprächspartner Erhards haben sich auch reserviert verhalten, als es darum ging, die Rolle der Bundesrepublik bei einem möglicherweise zustandekommenden neuen Atomteststopp-Abkommen richtig einzuordnen. Im Prinzip wurde festgestellt, daß ein solches Abkommen weder dazu führen dürfte, das Zonenregime aufzuwerten, noch die Verteidigungskraft derjenigen NATO-Partner zu beeinträchtigen, die keine Atomwaffen besitzen.

Daß die USA bereit sind, die Bundesrepublik in Zukunft an wissenschaftlichen Forschungen der US-Raumfahrtbehörde zu beteiligen, ist erfreulich und bietet der deutschen Wissenschaft und Industrie die Möglichkeit, Anschluß an die in den Vereinigten Staaten gemachten Erfahrungen zu finden. Ebenso erfreulich ist die von den amerikanischen Bündnispartnern erneut abgegebene Garantieerklärung für die Bundesrepublik und Westberlin, sowie die energische Zurückweisung der von Moskau und Pankov gegen die Bundesrepublik gerichteten Angriffe.

Die Bilanz der kurzen USA-Reise von Erhard, Schröder und von Hassel ist - wenn man sich vorher keinen Illusionen hingegeben hat - weder schlecht noch gut. Die Bündnistreue der Amerikaner ist unbestritten, würde aber sicher einer schweren Belastung ausgesetzt werden, wenn das offizielle Bonn nicht imstande sein sollte, jeden Verdacht auszulöschen, es wolle die "physische Beteiligung" an Atomwaffen. Bei dem ganzen sehr komplizierten Fragenkomplex geht es ja nicht nur um die Bundesrepublik und ihr Verhältnis zu den USA, sondern auch um das der USA zu den anderen Bündnispartnern. Wie bei diesen die Dinge gesehen werden, ist hinreichend bekannt. Einerseits hat niemand Interesse daran, das atlantische Bündnis zu schwächen, andererseits bleibt - auch bei den Amerikanern - das Bestreben, nicht alle Bemühungen um einen neuen Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen im Rahmen der UNO-Abrüstungsverhandlungen aufgeben zu müssen.

Das Betrübliche ist nur, daß diese Fragen nicht einmal innerhalb der jetzigen Bundesregierung und noch weniger bei den Regierungsparteien geklärt sind. Das wissen die Amerikaner natürlich auch, und dieses Wissen ist wahrscheinlich der entscheidende Grund dafür, daß sich Bundeskanzler Erhard mit der Feststellung begnügen mußte, man wolle der Bundesrepublik bei der Atomverteidigung eine "angemessene Rolle" zubilligen.

VEBA-Aktien - zum Schaden noch der Spott

KÖLNISCHE RUNDSCHAU: "Noch ein Wahlschlager ist jetzt geplatzt"

sp - Die VEBA-Aktien fallen. Das ist eine schlechte Weihnachtsbotschaft für alle jene, die tatsächlich der früheren und jetzt noch amtierenden Bundesregierung vor der Wahl geglaubt hatten, sie könnten mit Hilfe von VEBA-Aktien so etwas ähnliches machen, wie die Großaktionäre, die schon seit Jahren mit Hilfe von Spekulationsgewinnen große private Vermögen bilden. Es ist hier nicht der Ort, um an alle schwülstigen Redensarten zu erinnern, die vor der Bundestagswahl einem staunenden Publikum zum Thema "Eigentumsbildung" von CDU/CSU- und FDP-Rednern vorgesetzt wurden. Jetzt will keiner es gewesen sein. Man schiebt die Verantwortung von einer Ecke zur anderen, schimpft teils auf die Bundesregierung, teils auf das Bankenkonsortium, das die VEBA-Aktie "wertbeständig" halten sollte, ist sich jedoch einig in der Feststellung: Wir sind angeschmiert worden. Zum Schaden kommt aber jetzt noch der Spott. Die gewiß der CDU nicht fernstehende KÖLNISCHE RUNDSCHAU meint zu der noch nicht ganz durchsichtigen Affäre: "Noch ein Wahlschlager ist jetzt geplatzt. Die VEBA-Aktie fällt unter den Ausgabekurs... Schuld an allem ist die Romantik der Volksbeglückung, die in Bonn vor Wahlen ins Kraut schießt." Leider vergißt die RUNDSCHAU hinzuzufügen, wer das Kraut schießen ließ. So richtig ihr Kommentar zu den fallenden VEBA-Aktien ist, so falsch scheint es uns, auch jetzt noch die Öffentlichkeit im unklaren darüber zu lassen, wer die Verantwortung für den geplatzten Wahlschlager trägt.

+ + +  
Vernichtendes Urteil  
-----

Adenauer über Erhard

sp - Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat über seinen Nachfolger keine gute Meinung. Es fehlen ihm die staatsmännischen Qualitäten und auch Mannesmut. Zwei Jahre Kanzlerschaft Erhards haben dieses harte Urteil bestätigt. In seinem viel beachteten Gespräch mit "Christ und Welt" beklagte Adenauer den Mangel an Staatsgefühl und bedauerte, daß vor der Wahl Gesetze beschlossen wurden, die jetzt nicht erfüllt werden können. Wer ist der Hauptverantwortliche für diese Malaise? Hören wir Adenauer:

- \* "Die Bundesregierung hat doch einen Finanzminister, der seinen Chef hätte warnen müssen, daß dies einfach nicht zu machen war und der, als es dann doch geschah, hätte seinen Hut nehmen und gehen müssen.
- \* Nach meiner Auffassung vom Staat muß die Regierung dem Parlament, wenn es eine abschüssige Bahn betritt, ein warnendes Halt zurufen
- \* und von den Mitteln Gebrauch machen, die ihr das Grundgesetz in Artikel 113 in die Hand gibt. Und eben das ist nicht geschehen."

Erhard hätte also den Finanzminister entlassen oder selbst gehen müssen. Aber gerade das wollte die Partei nicht, deren Vorsitzender noch der Alte aus Rhöndorf ist. Sie brauchte einen Erhard als Wahlkampflokomotive und Aushängeschild und nahm sich dabei die Praxis des ersten Bundeskanzlers zum Vorbild - die Politik der Gefälligkeiten und des Ausweichens vor Problemen. Was hat Adenauer als CDU-Vorsitzender getan, um seine Partei vom schiefen Wege abzuhalten? Er ließ sie gewähren und wählte vor den Wahlen das Schweigen. Mangel an Staatsgesinnung? Wie kann Staatsgesinnung gedeihen, wenn unter zwei Bundeskanzlern der Opportunismus zum Staatsprinzip erhoben wurde und wird?

## Hessen: Ingenieure für die Landwirtschaft

Es gibt jetzt eine hessische Ingenieurschule für Landwirtschaft

sp. - Jeder Landwirt, der wettbewerbstüchtig bleiben will, muß sich die Technik zunutze machen. Mit dem Blick in die Zukunft hat man in Hessen erkannt, daß die Weiterentwicklung der modernen Landwirtschaft nicht nur von mehr und besseren technischen Einrichtungen abhängt, sondern auch von qualifizierten Fachkräften. Deshalb hat die hessische Landesregierung durch Kabinettsbeschluß der Vorlage von Landwirtschaftsminister Gustav Hacker zugestimmt, die Höhere Landbauschule Witzenhausen in eine grundständige, sechssemestrige Ingenieurschule für Landwirtschaft des Landes Hessen anzuhaben. Die Schulträgerschaft bleibt weiterhin bei der Land- und Forstwirtschaftskammer Kurhessen in Kassel.

Für junge, fleißige und zielstrebige Männer gibt es jetzt die Möglichkeit, "Ingenieur für die Landwirtschaft" zu werden. Die vielseitige und gründliche Ausbildung eröffnet den Absolventen beste Berufsmöglichkeiten, die sowohl in der praktischen Landwirtschaft, als auch in Dienstleistungsberufen für die Landwirtschaft gegeben sind. Hier einige der Möglichkeiten:

1. Leitung von intensiven landwirtschaftlichen Betrieben jeder Größenordnung und Einsatz in einer wohlhabenden Konsumgesellschaft
2. Verantwortliche, leitende Stellungen im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und im Landhandel.
3. Landwirtschaftliche Fachkräfte für die landwirtschaftsverbundenen Industrien (Dünger, Landmaschinen und Pflanzenschutz-Industrie)
4. Technischer Dienst in der technischen Spezialberatung sowie in der Betriebsberatung (z.B. Planung, Umstellung, Vereinfachung); im Rahmen der Beratungsorganisationen der verschiedensten Institutionen (Länder-Regierungen, Landwirtschaftskammern, Wirtschaftsverbände und Siedlungsgesellschaften).

Die Aufnahmebedingungen für die hessische Ingenieurschule für Landwirtschaft in Witzenhausen sind erfüllt, wenn die Bewerber schulisch die Mittlere Reife und praktisch eine zweijährige abgeschlossene Lehre mit Gehilfenprüfung und ein weiteres Gehilfenjahr nachweisen. Der Besuch einer Landwirtschaftsschule kann für die Übergangszeit zum Eintritt in das 3. Semester führen, wenn der Bewerber die dafür vorgesehene Prüfung besteht und im übrigen Mittlere Reife oder Fachschulreife nachweist.

Die Ausbildung an der Ingenieurschule umfaßt drei Studienjahre mit je zwei Semestern. Das bedeutet, daß bei durchschnittlich 220 Unterrichtstagen und 40 Unterrichtswochen mit je 35 Wochenstunden je Ausbildungsjahr 1400 Stunden, insgesamt also 4200 Stunden Unterricht gegeben werden. Der Unterricht wird ergänzt durch Übungen und Seminare sowie kürzere und längere Lehrfahrten, die an den einzelnen Ingenieurschulen verschieden liegen.

Die Stoffverteilung geht von naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächern über die klassischen Gebiete der Landwirtschaft und über viele andere Wissensgebiete bis zur Agrar-Politik und zur Betriebswirtschaft, die in den letzten Semestern einen ganz besonderen Schwerpunkt darstellt. Da der zukünftige Ingenieur in der Landwirtschaft nicht nur in der heimischen Landwirtschaft Verwendung finden soll, ist für alle drei Studienjahre die englische Sprache Pflichtfach, während französisch als Wahlfach zusätzlich genommen werden kann.

Die bäuerliche Bevölkerung und die interessierten Fachverbände haben den neuen Weg, den Hessen eingeschlagen hat, außerordentlich begrüßt, als einen Beitrag des Landes zur Existenzsicherung der immer härteren Konkurrenz ausgesetzten Landwirtschaft.

## Fingerhakeln um Spaniens Königsthron

### Zwist im monarchistischen Lager

H.D. - Zwischen den beiden monarchistischen Gruppen in Spanien ist es zu einem regelrechten Fingerhakeln um den spanischen Königsthron gekommen. Die beiden Interessengruppen, die "reinen Bourbonen-Anhänger" (oder "Alfonsisten") und die ultrakonservativen "Karlisten", liegen sich in den Haaren, noch ehe es im nächsten Jahr zu einem neuen Referendum in der Königsfrage kommen wird, das den Weg von Prinz Juan Carlos zum Thron endgültig freimachen soll.

Die "Karlisten" sind schon jetzt ins Hintertreffen geraten, weil keiner der von ihnen als mögliche Thronbewerber herausgestellten Kandidaten die spanische Staatsangehörigkeit besitzt. Prinz Sixtus, der jüngste Sohn des karlistischen Prätendenten Javier von Bourbon-Parma, hatte vergeblich durch den Dienst in der spanischen Fremdenlegion versucht, die spanische Staatsangehörigkeit zu erwerben und die diesem Bourbonenzweig anhaftende französische Nationalität abzulegen.

Sixtus diente in der spanischen Enklave Melilla (auf dem afrikanischen Festland) in der spanischen Fremdenlegion, die ihn am 23. November 1965 wegen "körperlicher Untauglichkeit" entließ. Dies veranlaßte den Informationsdienst der karlistischen "Reguete-Bewegung", den "Alfonsisten" den Vorwurf zu machen, ein "karlistisches Komplott" erfunden zu haben, um die Entlassung des unerwünschten Prinzen zu rechtfertigen.

Die "Reguetés" oder "Traditionalisten", die jedes Jahr auf dem Montejurra-Berg in Navarra zusammenkommen, um ihre Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg 1936/39 auf Seiten Francos zu feiern, scharren sich ver zweifelt um den Prinzen Carlos Hugo und dessen Gemahlin, die niederländische Prinzessin Irene.

Die spanische Presse, die den "alfonsistischen" Thronbewerber Juan Carlos ungewöhnlich herausstreicht und damit zum Ausdruck bringt, daß er Francos erklärter Favorit als Nachfolger ist, schweigt den Prinzentitel von Carlos Hugo gerne tot und vermeidet möglichst alle Nachrichten über den Karlistenprinzen. Gleichzeitig veröffentlicht sie ein Interview, das der Informationsminister Professor Manuel Fraga Iribarne dem Madrider Korrespondenten der "New York Times", Sad Szulo, gewährte.

Der Minister hatte dabei an der Thronfolge des 28-jährigen Juan Carlos festgehalten und erklärt, daß seine Thronbesteigung weder von "extremen Monarchisten" (Karlisten) noch von "extremen Falangisten" (Linksfalangisten mit republikanischen Neigungen) verhindert werden könne. Wie es heißt, soll Juan Carlos zum "Prinzen von Asturien" und damit zum endgültigen Thronanwärter proklamiert werden.

Das große Fingerhakeln hinter den Kulissen ist aber bereits im Gange. Der Zwist im monarchistischen Lager kann, wenn er sich verschärft, zu einer politischen Krise mit Spätzündung führen, die erst nach einem Wechsel an der Spitze des spanischen Staates zum Tragen kommt. Ob diese Entwicklung mit einem klaren Sieg der "Alfonsisten" abgeschlossen wird oder den Weg frei macht für eine dritte spanische Republik, vermögen nicht einmal die fachkundigsten Beobachter vorauszusagen. Indessen herrscht einhellige Übereinstimmung darüber, daß es zu keinem neuen Bürgerkrieg mehr kommen wird. Auch in Spanien gehört die Zukunft den politischen Kompromissen, obgleich unvorhergesehene Ereignisse niemals ausgeschlossen werden können. Viel wird von der künftigen Haltung der maßgeblichen Militärs abhängen.

## Die Bundesrepublik Deutschland im Urteil Schwedens

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Wie in den Jahren zuvor waren auch 1965 für Schweden die Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Faktor für das Verhältnis zwischen beiden Ländern. Trotz der Auswirkungen der Zollsenkungen in EWG und EFTA ist die Bundesrepublik nach wie vor Schwedens wichtigster Handelspartner Deutschlands enormer Ausführüberschuß gegenüber Schweden gibt diesem Lande das sichere Gefühl, daß die Bundesrepublik innerhalb der EWG der zuverlässigste Anwalt bei allen Bestrebungen ist, die Zollschranken nicht zu unübersteiglichen Mauern werden zu lassen. Diese Interessengemeinschaft ist sicher den Belastungsproben auf anderen Gebieten gewachsen.

Einer solchen Belastungsprobe wurden die schwedisch-deutschen Beziehungen 1965 durch die deutschen Regierungsparteien ausgesetzt, als sie in der Einleitungsphase des Wahlkampfes versuchten, ihre sozialdemokratischen Widersacher durch unseriöse Berichte über das sozialdemokratisch regierte Schweden zu treffen. Ihre Sonderberichte mischten Wahres mit Unwahren, rissen Tatsachen aus ihren Zusammenhängen und verschwiegen bedeutungsvolle Fakten. Das auf diese Weise den deutschen Lesern präsentierte Zerrbild von Schweden war eine harte Zumutung für die Freunde Deutschlands in diesem Lande, und es hätte leicht Wasser auf die Mühlen jener Schweden leiten können, die nach den Erfahrungen der Hitlerzeit das deutsche Volk als unverbesserlichen Bösewicht hinstellen wollen.

Die schwedische Presse hätte sich nach den Wahlen revanchieren können, als die Intrigen und das Feilschen um die Ministersitze in Bonn Formen annahm, die im politischen Leben Schwedens untragbar wären. Die schwedischen Zeitungen berichteten über diese, das deutsche Ansehen unzweifelhaft schädigenden Dinge kritisch, aber sehr sachlich.

Eihige Züge der deutschen Außenpolitik werden in Schweden abgelekt. Die Art, wie man sich in Bonn gelegentlich zur Frage der Atombewaffnung äußert, erinnert die Schweden sehr an jene Salami-Schneidepolitik, welche der Westen in der Berlin-Frage dem Pankow-Regime vorwirft. Man hört auch immer häufiger, daß die starre Anwendung der Hallstein-Doktrin der deutschen Außenpolitik unnötigerweise die Elastizität und Effektivität nimmt. Das Katze- und Maus-Spiel mit den westdeutschen Kriegsmaterial-Lieferungen an Israel und mit Ulbrichts Ausflug nach Aegypten hatte in Schweden manches Kopfschütteln ausgelöst. Aber die schwedische Außenpolitik hält allen Verführungskünsten Pankows zum Trotz an Undéns alten Konzept fest: Diplomatische Beziehungen werden nach wie vor nur mit Bonn unterhalten. Pankow hat wiederholt versucht, durch Wirtschaftswerbung - z.B. bei der Schwedischen Messe in Göteborg - und durch Kulturveranstaltungen den Barrn zu brechen. Den Leistungen der Bert Brecht-Bühne und der Ostberliner Komischen Oper in Stockholm hat die Bundesrepublik erst 1965 vollwertig begegnen können: Ein deutsches Dichter-Symposium in Sigtuna bei Stockholm hat zu einer dauernden Befruchtung des Kulturaustausches zwischen beiden Völkern wertvoll beigetragen und die kürzlichen wechselseitigen Gastspiele der Hamburger Staatsoper in Stockholm und der Stockholmer Oper in Hamburg sind ohne Zweifel wahre Höhepunkte der deutsch-schwedischen Kulturbeziehungen geworden.

Alles in allem sind die Voraussetzungen für eine Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen gut. Auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete ist viel Gutes geleistet worden - und die ausgleichende Wirkung der allianzfreien schwedischen Außenpolitik ist auf lange Sicht zweifellos im wohlverstandenen Interesse des deutschen Volkes.